



Großes Risiko

Von Constanze Alt

Man könnte ja meinen, die gegebenen sozialstaatlichen Instrumentarien – Hartz IV etwa – reichen aus, um Schwangere bzw. Familien in finanziellen Zwickmühlen zu helfen. Man könnte also meinen, Institutionen wie die Stiftung „Hand in Hand“ seien gar nicht mehr zusätzlich nötig. Falsch.

Es gibt nämlich eine ganze Reihe von Fällen, die durchs Raster der Sozialgesetzgebung fallen. Zum Beispiel eine Schwangere, die nach der Ausbildung noch keinen Job gefunden hat, von dem mickrigen Arbeitslosengeld aber weder Wickeltisch noch Babybett bezahlen kann. Und es gibt ganze Berufsgruppen, Friseurinnen, Arzthelferinnen oder Porzellanmalerinnen etwa, die verdienen so wenig, dass sie – falls sie sich eigene Kinder leisten – automatisch Sozialfälle werden. Trotz Vollzeitjob.

Es gibt Fälle, da beantragt nahezu die komplette Belegschaft eines Geburtsvorbereitungskurses Geld bei „Hand in Hand“. Stellt doch in unserer – gleichwohl bedrohlich überalternden Gesellschaft – die Schwangerschaft eines der größten Armutsrisiken dar. Angesichts von Lohndumping und befristeten Arbeitsverträgen selbst für gut qualifiziertes Personal.

Partnerschaften von Kirchen

Erfurt (epd). Kirchenpartnerschaften zwischen Ost- und Westdeutschland während der deutschen Teilung stehen ab Freitag im Mittelpunkt einer Tagung an der Evangelischen Akademie Thüringen in Neudietendorf bei Erfurt. Am Beispiel der Partnerschaften zwischen der Thüringer und der Württembergischen Kirche gehe es 20 Jahre nach der Wiedervereinigung um den persönlichen, politischen und spirituellen Ertrag dieser Kontakte, teilte die Akademie am Mittwoch mit. Einbezogen waren darin rund 180 Gemeinden.

Loipen gesperrt bei Friedrichroda

Friedrichroda (tag). In vielen Teilen des Thüringer Waldes besteht gegenwärtig akute Baumbruchgefahr.

Deshalb können nicht nur die Straßen über den Rennsteig zum Teil nicht mehr befahren werden, sondern die Stadt Friedrichroda hat jetzt auch die Loipen 35 und 36 sowie die Skiwanderwege im Bereich Rennsteig – Friedrichroda – Finsterbergen vorübergehend gesperrt. Das teilte das Tourismusamt gestern mit. Vom Skilanglauf in diesem Bereich werde dringend abgeraten. Bereits gebrochene Bäume werden derzeit entfernt. Sobald die Bedingungen wieder gefahrlos Langlauf erlauben, werde die Öffentlichkeit informiert.

Sturz von Autobahnbrücke

Schleusingen (ddp). Ein Lkw-Fahrer ist von einer Brücke der Autobahn 73 bei Schleusingen gestürzt und ums Leben gekommen. Nach Polizeiangaben vom Mittwoch war dem 43-jährigen am Dienstag während der Fahrt über den Polizeinotruf einen Rettungsdienst und stellte danach seinen Lastzug auf der Talbrücke Schleusingen ab. Vermutlich musste er sich übergeben und stürzte dabei über das Brückengeländer 40 Meter in die Tiefe. Sanitäter fanden die Leiche wenig später unterhalb der Brücke. Hinweise auf ein Verbrechen oder ein Suizid gebe es nicht.



Gisela Deußing (links) und Anke Siegel von der in Erfurt ansässigen Thüringer Stiftung „Hand in Hand“. Es geht uns in erster Linie um Hilfe für Kinder. (Foto: OTZ/Constanze Alt)

Kinder sind Hoffnungen

Stiftung „Hand in Hand“ unterstützt Schwangere und Familien

Von Constanze Alt

Erfurt. So manche Thüringerin hat in der Schwangerschaft schon von ihr profitiert, allerdings ohne das Konzept oder die Menschen hinter der Stiftung „Hand in Hand“ zu kennen. Geschäftsführerin Gisela Deußing und ihre Mitarbeiter halten sich bewusst im Hintergrund; sie lernen ihre Klienten nicht persönlich kennen.

Zum einen, sagt Deußing, sei es aufgrund der Menge der eingehenden Anträge gar nicht machbar, mit jedem Antragsteller direkt in Kontakt zu treten. Zum anderen, ergänzt Anke Siegel, die für die Öffentlichkeitsarbeit der Stiftung verantwortlich ist, sei dies auch von Vorteil. So werde größtmögliche Objektivität gewahrt.

Hinter dem Namen „Hand in Hand“ steht eine in Erfurt ansässige, thüringenweit operierende bürgerliche Stiftung, die Schwangeren hilft, aber auch Familien in Notlagen. „Es geht uns in erster Linie um Hilfe für Kinder – geborene oder ungeborene“, erklärt Gisela Deußing. Sie erzählt von einer jungen Frau, nennen wir sie Kath-

rin. Kathrin jedenfalls hat gerade ihre Ausbildung abgeschlossen, aber noch keinen Job. Sie lebt in einer winzigen Wohnung und führt eine Wo-

Es gibt heutzutage tatsächlich noch Kinder, die kein eigenes Bett haben. Gisela Deußing

chenendbeziehung mit einem Magdeburger Studenten. Als sie ihrer Mutter von der Schwangerschaft berichtet, reagiert diese abweisend. Bei der Schwangerschaftsberatung erfährt Kathrin von der Stiftung „Hand in Hand“. Über die Schwangerschaftsberatungsstelle erhielt Kathrin dann Stiftungsgeld für die Finanzierung der Babyverstaftung.

Neben Schwangeren mit finanziellen Problemen helfen die Erfurter auch Familien in Notsituationen. So wie im Fall von Jana und Klaus. Er geht arbeiten, sie kümmert sich um die beiden Kinder – das jüngste von ihnen schwerbehindert. Vor dem Hintergrund der ohnehin schon knappen Haus-

haltskasse und der hohen nervlichen Belastung ist es besonders schlimm, dass der dringend benötigte Wäschetrockner unerschwinglich und der Gefrierschrank überdies kaputt ist. Als Jana und Klaus in der Zeitung von der Existenz der Stiftung erfahren, fassen sie Mut und beantragen bei einer Beratungsstelle Stiftungsgeld. Es wird ihnen bewilligt.

„Um die Arbeit unserer Stiftung transparenter zu machen“, erklärt Anke Siegel, „erscheinen Geschichten wie diese noch in diesem Jahr in einem kleinen Büchlein.“

Gegründet wurde die Stiftung auf Bundesebene operierenden Dachverband „Mutter und Kind“ gehörende Stiftung 1992 vom Land Thüringen. Trotz der Finanzierung durch Bund und Land ist „Hand in Hand“ auf Spenden angewiesen. Denn die Zahl der Anträge ist groß. Allein für die Schwangeren gehen jährlich etwa 6000 Anträge ein. Hinzu kommen 600 bis 900 für die Familienhilfe. „Man kann sich das gar nicht mehr vorstellen“, sagt Deußing, „es gibt heutzutage tatsächlich noch Kinder, die

kein eigenes Bett haben.“ Entsprechend beinhaltet das Gros der Anträge Bitten um Geld für diverse Einrichtungsgegenstände. „In der Familienhilfe“, weiß Deußing, „hat die Komplexität der Fälle zugenommen.“ Die Leute hätten nicht ein konkretes Problem, sondern viele, die sich zu einem Netz zusammenziehen, aus dem sie nur noch schwer herauskämen. Nicht selten bereiten gesundheitliche Probleme, etwa eine Krebserkrankung, den Weg ins finanzielle Aus.

Bei allem, was sie tun – Deußing, Siegel und ihren Mitstreitern geht es vor allem um die Kinder. Denn – wie sie auf einem Schreiben an unsere Redaktion in Novalis' Worten betonen: „Kinder sind Hoffnungen!“ Die Stiftung freut sich über Spenden und hat hierfür bei der Sparkasse Mittelthüringen ein Konto eingerichtet. Kontonummer: 130000043, Bankleitzahl: 82051000. Zudem läuft gegenwärtig die Aktion „Kleiner Beitrag – Große Hilfe“. Wer eine SMS mit dem Stichwort „Hand“ an die Nummer 81190 sendet, unterstützt die Stiftung mit 3 Euro.

Viele brauchen Hilfe vom Staat

Jeder neunte Thüringer ist auf Sozialleistungen angewiesen

Erfurt (OTZ). Jeder neunte Thüringer ist zur Sicherung seines Lebensunterhalts auf Sozialleistungen des Staates angewiesen.

2008 erhielten 252 289 Menschen „Hartz IV“ (Arbeitslosengeld II), Sozialhilfe, Renten-Grundsicherung, Asylbewerberleistungen oder eine

Kriegsopfer-Rente, wie das Landesamt für Statistik gestern in Erfurt mitteilte. Der Anteil der Leistungsempfänger an der Gesamtbevölkerung liegt demnach bei 11,1 Prozent. In Deutschland waren es 9,3 Prozent. Ende 2008 waren in Thüringen 232 649 Personen auf Hartz IV angewiesen. In Deutschland waren es 6,6 Millionen Menschen. 15 394 Personen in Thürin-

gen bezogen Ende 2008 Sozialhilfe. Dabei erhielten 2310 Menschen laufende Hilfe zum Lebensunterhalt und 13 084 Frauen und Männer Leistungen in Form von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. 2947 Personen erhielten Asylbewerberleistungen.

Neue Leitlinien zum Unterhaltsrecht

Oberlandesgericht vereinheitlicht Rechtsprechung – Pauschale bei Aufwendungen

Von OTZ-Redakteur Frank Kalla

Jena. Die Familiensenate des Thüringer Oberlandesgerichts (OLG) in Jena haben neue Leitlinien zum Unterhaltsrecht erarbeitet. Die unverbindlichen Orientierungshilfen sollen zu einer möglichst einheitlichen Rechtsprechung in Thüringen führen, erklärte Sonja Friebertshäuser, Pressesprecherin und Richter am Oberlandesgericht.

Unter anderem würde die aktuelle und seit 1. Januar gültige Fassung der Thüringer Unterhaltslinien Änderungen des Unterhaltsrechts 2008 und die hierauf beruhende Rechtsprechung des Bundesgerichts Hofes sowie der beiden OLG-Familiensenate berücksichtigen.



Alleinerziehende Mutter mit Kind. (Foto: AP)

Neu ist demnach, dass Unterhaltspflichtige im Freistaat künftig bei den berufsbedingten Aufwendungen keinen konkreten Nachweis mehr vorlegen muss. „Das war zu um-

ständig.“ Künftig könne der Richter einen Pauschalbetrag von fünf Prozent vom Nettoeinkommen zu Grunde legen, höchstens aber 150 Euro pro Monat. Wer weitaus höhere Aufwendungen habe, der müsse dies allerdings weiterhin im Detail nachweisen, sagte die Richter.

Keinen Unterschied gibt es nunmehr beim Selbstbehalt von Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen. Unter Selbstbehalt versteht man, dass jeder, der Unterhalt schuldet, auf jeden Fall einen bestimmten Mindestbetrag seines Einkommens für sich behalten darf. Sonja Friebertshäuser verwies allerdings darauf, dass es hier möglicherweise zu grundlegenden Änderungen in der Höhe des Selbstbehaltes kommen

kann. Demnach will das Bundesverfassungsgericht noch in diesem Jahr zu dem Thema ein Grundsatzurteil fällen.

Ebenfalls eingearbeitet sind in den Leitlinien die Auswirkungen des „Wachstumsbeschleunigungsgesetzes“. Demnach müssen Unterhaltspflichtige im Durchschnitt rund 13 Prozent mehr Unterhalt als bisher zahlen. Die drastische Erhöhung ist eine Konsequenz der Anhebung des steuerlichen Kinderfreibetrages. „Das bedeutet aber nicht, dass die Kindermutter automatisch ein 13 Prozent höheren Kindesunterhalt bekommt. Ausschlaggebend ist nach wie vor die tatsächliche Leistungsfähigkeit des Mannes“, betonte die Richter. Internet: >>www.thueringen.de/olg/Leitlinien%202010.pdf.

Gemeinsame Erklärung von DGB, Linke und Grünen

Polizeidurchsuchungen kritisiert

Dresden/Erfurt (OTZ/ddp). Die Kritik an Polizeidurchsuchungen in Berlin und Dresden, bei denen am Dienstag mehrere Tausend Plakate des „Bündnisses Nazifrei“ beschlagnahmt wurden, hält an.

Der DGB Thüringen sowie die Linke und die Grünen im Thüringer Landtag erklärten gestern gemeinsam in Erfurt, das Vorgehen gegen das Aktionsbündnis sei „absolut unangemessen“. „Die polizeilichen Maßnahmen haben der Demokratie in Deutschland einen Bärendienst erwiesen, waren Wasser auf die Mühlen der Nazis und sind ein völlig falsches Signal“, heißt es in der Erklärung. In den Geschäftsstellen des DGB, der Partei Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen in Thüringen würden weiterhin die Mo-

bilisierungsplakate, welche den Anlass für Durchsuchungen und Beschlagnahmungen lieferten, zur Abholung bereit liegen. „Wir mobilisieren gemeinsam weiter und lassen uns nicht in gute und böse Proteste spalten.“

Zuvor hatte bereits der Dresdner Verein Bürger.Courage die Polizeidurchsuchungen kritisiert. „Dem Protest gegen den Neonazi-Aufmarsch am 13. Februar in Dresden wird es wieder einmal schwer gemacht“, sagte der Vereinsvorsitzende Christian Demuth gestern in Dresden. Das Bündnis plane eine friedliche Blockade des Aufmarsches der Rechtsextremen.

Das „Bündnis Nazifrei“ hat in diesem Jahr massiven Widerstand gegen den rechten Aufmarsch angekündigt.

SPD fordert Anhörung zum Bau von 380-kV-Leitung

Öffentlichkeit über Vorhaben aufklären

Erfurt (OTZ). Eine öffentliche Anhörung im Wirtschaftsausschuss zur Notwendigkeit der geplanten 380-kV-Hochspannungsleitung durch den Thüringer Wald fordert Frank Weber, Sprecher für Umwelt und Energie der SPD-Fraktion.

Er kündigt für die Sitzung des Wirtschaftsausschusses im Thüringer Landtag Mitte Februar einen entsprechenden Antrag an. Weber konstatiert, dass es Vorbehalte gegen die 380-kV-Leitung gebe; die Debatte werde nicht immer sachlich geführt. „In der von uns geforderten Anhörung sollen alle Beteiligten die Möglichkeit bekommen, ihre Bedenken vorzutragen. Ich will ein möglichst transparentes Verfahren“, sagte er gestern.

Dieses Projekt sei eines von 24 Vorhaben zum Ausbau der Netzinfrastruktur, die durch den Bund als vordringlich eingestuft



Frank Weber

wurden. Weber verweist darauf, dass der Thüringer Landtag und die Landesregierung nicht Herr des Verfahrens seien. Einflussmöglichkeiten für den Thüringer

Landtag, den Bau zu stoppen, gebe es nicht.

Der Abgeordnete spricht sich für eine breite Aufklärung der Öffentlichkeit über dieses energiepolitische Großvorhaben aus.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit im Thüringer Landtag,

lehnte es in seiner Sitzung gestern ab, die Landesregierung zur Einleitung eines Normenkontrollverfahrens gegen das Gesetz zum Ausbau von Energieleitungen aufzufordern. Zudem sprach sich der Ausschuss laut einer Mitteilung gegen eine besondere Aufforderung an das Landesverwaltungsamt aus, zusätzlich zum Erörterungstermin eine weitere öffentliche Anhörung durchzuführen.

Lobdeburgtunnel für drei Stunden gesperrt

Jena (OTZ). Die Autobahn 4 wird nächste Woche Mittwoch für eine Katastrophenschutzübung bei Jena zwischen 19 Uhr und Mitternacht in Richtung Dresden voll gesperrt.

Während im Raum Oberhof die Suche nach einer Strahlenquelle geübt wird, soll in der Südröhre des Lobdeburgtunnels ein vollbesetzter Reisebus verunglücken. Nach der Berührung mit einer sogenannten „Schmutzigen Bombe“ wird Kampfstoff ausströmen – so sieht es das Szenario im Rahmen der bundesweiten Katastrophenschutzübung Lükex 2010 vor.

Der Verkehr wird derweil an der Anschlussstelle Göschwitz von der A4 ab- und in Jena-Zentrum wieder aufgeleitet.

Freie Wähler fordern Gelder für Vessertal

Vessertal (tag). Der Verein Freie Wähler Suhl und die Sühler Stadtratsfraktion Freie Wähler haben sich in einem offenen Brief an die Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht gewandt.

Sie fordern den Erhalt und die Entwicklung des Biosphärenreservats Vessertal. Im Koalitionsvertrag der Landesregierung steht, dass bis 2012 über die Einrichtung eines Entwicklungsnationalparks entschieden werden soll. Man sieht den Status des von der Unesco anerkannten Biosphärenreservats Vessertal in Gefahr, sollten nicht endlich Mittel von der Landesregierung kommen, um zum Beispiel den Bahnhof Rennsteig zum Informationszentrum umzubauen.

Über Bauhaus-Museum im Frühjahr entschieden

Im Februar Gespräche mit allen Beteiligten

Erfurt (OTZ). Zum Standort des Bauhaus-Museums will das Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur eine Einigung mit der Stadt Weimar noch in diesem Frühjahr herbeiführen.

Dazu wird Minister Christoph Matschie (SPD) im Februar mit allen Beteiligten Gespräche über die zwei verbliebenen Standorte – Theaterplatz und Parkplatz an der Weimarerhalle – führen. Das teilte das Ministerium gestern in Erfurt mit. „Wir brauchen jetzt eine zügige Entscheidung, denn die Mittel des Bundes stehen

nicht auf unbegrenzte Zeit zur Verfügung“, betont Staatssekretär Thomas Deufel. Der Bau des Museums solle aus dem Sonderinvestitionsprogramm finanziert werden. Die Mittel kommen je zur Hälfte vom Bund und vom Land. Jetzt gelte es, die Vor- und Nachteile beider Varianten sorgfältig zu prüfen und die öffentliche Debatte in einer sachlichen, zielorientierten Atmosphäre zu führen. „Wesentlich für die Entscheidungsfindung muss sein, dass das Projekt die beste Chance erhält, sich als Museum zu behaupten“, so Deufel.